



# Wir bauen Zusammenhalt

## Das Kommunalwahlprogramm der SPD Flensburg

Unser Arbeitsprogramm  
für die Wahlperiode der Ratsfraktion  
von 2023 - 2028

„Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet“.

In diesen besonderen Zeiten haben wir als SPD diesen Anspruch. Wir wollen Flensburg als stärkste Kraft in der kommenden Ratsversammlung federführend gestalten. Kommunalpolitik ist die direkteste und sichtbarste politische Arbeit in unserem Land. Ihre Probleme und Fragestellungen und die Art, wie wir diese beantworten und lösen, wirken sich direkt auf unser persönliches Leben aus. HIER können wir als Bürger\*innen eingreifen, verändern und unmittelbaren Einfluss nehmen. Diese konkrete und alltägliche Arbeit vor Ort ist die Identität unserer Flensburger SPD. Seit Jahrzehnten sind wir bei den Menschen und haben ein offenes Ohr für ihre Fragen und Probleme. Dies ist bis heute für uns oberste Pflicht als Partei.

### **„Wir kümmern uns“**

Darauf können Sie sich verlassen. Nicht alle Probleme können wir lösen und nicht selten stoßen wir an die Grenzen unserer kommunalen Möglichkeiten. Aber wir hören zu und setzen uns ein im Sinne der Stadtgesellschaft. Das ist unser Kompass und unsere Identität als Partei. Wir schauen weder auf andere herab noch akzeptieren wir selbsternannte Eliten. Als Volkspartei haben wir den Anspruch, eine Gesellschaft des Respekts in Flensburg zu organisieren. Unsere Stärke sind unsere Mitglieder und Kandidierenden, die Flensburg aus allen Blickwinkeln repräsentieren. Aus dieser Kraft heraus wollen wir unsere Flensburger Stadtgesellschaft zusammenhalten.

Eine gesellschaftliche „Infrastruktur des Zusammenhalts“ - wie wir sie anstreben - braucht viele verschiedene Bausteine, die von Politik, Verwaltung, aber auch von jedem Einzelnen bereitgestellt werden. Dazu gehören freie Gewerbeflächen zur Ansiedlung neuer Arbeitsplätze, ebenso wie der Kunstrasenplatz für den Sportverein und der Ausbau von Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Um diesen gesellschaftlichen Unterbau finanzieren zu können, müssen in unserer Stadt Prioritäten gesetzt und klare Entscheidungen getroffen werden.

Auf den folgenden Seiten wollen wir unsere Prioritäten für die kommenden fünf Jahre benennen und unser Bild von Flensburg vorstellen. Wir möchten Sie überzeugen, Ihr Vertrauen in den nächsten 5 Jahren uns als SPD mit den Ratsfrauen und Ratsherren zu geben.

### **Wir bauen Zusammenhalt**

Wohnraum ist knapp und die Mieten steigen weiter. Von dieser Entwicklung kann sich auch Flensburg nicht abkoppeln. Wenn die Möglichkeit besteht, werden wir Instrumente wie die Mietpreisbremse, verringerte Kappungsgrenzen bei Mieten oder einen Mietenstopp nutzen. Besonders dramatisch kann die Entwicklung im Bereich des

geförderten Wohnraums werden. Wir wollen daher in den kommenden fünf Jahren 1.000 neue Wohnungen im Bereich des geförderten Wohnraums bauen, auch um die vielen Wohnungen zu ersetzen, die in den kommenden Jahren aus der Mietbindung herausfallen. Dazu braucht es massive Anstrengungen im Bereich des bezahlbaren Wohnraums. So wollen wir den „bezahlbaren Wohnraum“ als Faktor beziffern und bei der Vergabe von Grundstücken grundsätzlich als Entscheidungskriterium beachten. Hier gilt es auch das Bauen mit nachhaltigen Materialien zu integrieren. Dafür braucht Flensburg einen qualifizierten Mietspiegel, der bereits Gesetzeslage ist. Um die Ziele und Vorhaben mit der Wohnungswirtschaft abzustimmen, wollen wir einen neuen Anlauf für ein „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ zwischen Verwaltung, Kommunalpolitik, Vermieterverbänden und Mietervertreter\*innen starten. Dazu braucht es einen offenen Dialog, wie die Kommune die Planungszeiträume von Bauvorhaben verringern kann.

Um als Stadt Einfluss auf den angespannten Wohnungsmarkt zu haben, wollen wir wieder über kommunales Wohneigentum verfügen. Wir möchten den Weg zu einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft ebnen. Hierzu wollen wir ggfs. städtische Flächen durch die Kommunalen Immobilien bebauen lassen und damit die Organisation einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft aufbauen. Als Schwerpunkte sehen wir das Sanierungsgebiet Hafen-Ost und die Altstandorte der Krankenhäuser. Moderne Innenstädte sind auch Orte des Wohnens. Daher müssen die freistehenden Wohnungen in den Hinterhöfen und den Obergeschossen der Läden instandgesetzt und neu vermietet werden. Darüber hinaus wird uns die Reform des kommunalen Vorkaufsrechts als Kommune neue Möglichkeiten geben.

### **Klima- und Umweltschutz bei den Stadtwerken und im Verkehr realistisch umsetzen!**

Wir erkennen die Realitäten an und wissen, dass auch im Jahr 2050 der motorisierte Individualverkehr noch zur Normalität in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein gehören wird. Die Antriebstechniken werden dann CO<sub>2</sub>-Neutral sein, jedoch benötigt es dafür eine entsprechende Infrastruktur. In diesem Bereich wollen wir das Carsharing-Angebot massiv erweitern und auch die Ladeinfrastruktur deutlich ausbauen. Hier sehen wir die Stadtwerke in der Verantwortung, eine flächendeckende Versorgung im Stadtgebiet sicherzustellen.

Neben diesem Bekenntnis muss jedoch das Gefühl weichen, dass alle anderen Fortbewegungsmöglichkeiten im Hintergrund stehen. Das Schild „Radfahrer absteigen“ bei einer Baustellensituation muss aus dem Stadtbild verschwinden. Alle Möglichkeiten der Fortbewegung müssen mitgedacht werden und gleichberechtigt zur Verfügung stehen. Um diese Gleichberechtigung zu erreichen, müssen in den kommenden Jahren der Rad- und Fußverkehr sowie die Bereitstellung von Flächen für den Busverkehr

Priorität haben. Daher wollen wir über das TBZ eine extra Begutachtung der Fuß- und Radverkehrsflächen erreichen und einen Investitionsplan auf den Weg bringen. Wir wollen die kommunalen Ausgaben für den Umweltverbund (Fuß/Rad/Bus) bis zum Jahr 2028 verdoppeln. Notfalls müssen Investitionen in die Straßeninfrastruktur dafür zurückstehen! Die Renovierung von Fuß- und Radverkehrsflächen erst dann vorzunehmen, wenn die Straße ebenfalls sanierungsbedürftig ist, muss endgültig der Vergangenheit angehören. Einen Innenstadt Bahnhof lehnen wir entschieden ab und wollen dafür auf den Gleisen, falls ein Ankauf der Stadt in den kommenden Jahren möglich wird, mit einem Radweg das Veloroutennetz einen entscheidenden Schritt voranbringen. Auch braucht es ein verbessertes Bikesharing-Angebot. Die Nutzung wollen wir über ein zeitlich-begrenzt kostenfreies Fahren massiv erhöhen.

Um einen klimaneutralen Busverkehr in den kommenden Jahren aufzubauen, ist ein neuer Betriebshof von großer Bedeutung. Daher muss in den kommenden fünf Jahren ein neuer Betriebshof fertiggestellt sein! Die Finanzierung muss der Mutterkonzern „Stadtwerke“ leisten. Damit entscheiden wir uns für eine klare Form der städtischen ÖPNV-Nutzung.

Mit der Anbindung an den NAH-SH Tarif haben wir eine deutliche Verbesserung in der Erreichbarkeit des ÖPNV's geschaffen. Zur konsequenten Umsetzung weiterer Maßnahmen stehen derzeit keine freien Mittel im städtischen Haushalt zur Verfügung. Es sind zwar steigende Zuschüsse von Bundesseite zu erwarten (Regionalisierungsmittel), jedoch können diese den Kostenbedarf nicht decken. Die Verlängerung von Hauptverkehrszeiten, der 30-Minuten-Takt am Sonntag, die Erweiterung einer City-Buslinie und die zu erwartenden Tarifsteigerungen und durch den Fachkräftemangel in der Branche werden langfristig jährlich zusätzlich Kosten in niedriger zweistelliger Millionenhöhe nach sich ziehen. Weitere kommunalpolitische Ideen, wie das kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler\*innen (ca. 1,25 Millionen) sind dabei nicht mit einberechnet. Zusätzliche Mittel, um eine Erhöhung der Fahrpreise zu generieren, lehnen wir ab! Daher setzen wir uns für die Schaffung eines „Buskontos“ ein, in dem die zusätzlichen Einnahmen für den ÖPNV gesammelt werden. Zudem unterstützen wir eine Anhebung der Gebühren für die Bewohnerparkausweise, mit einer Härtefallregelung, um zusätzliche Mittel für den ÖPNV zu generieren. Auch Modelle der Nutznießerfinanzierung (Einbeziehung z.B. von Arbeitgebern) unterstützen wir, sobald hierzu eine landesgesetzliche Regelung vorliegt.

Für die Bewältigung der massiven Herausforderungen muss der politische Einfluss auf das Unternehmen „Aktiv Bus“ und die Rolle als Tochterkonzern der Stadtwerke gestärkt werden. Diskussionen über ein „Holding-Modell“ mit einer Abstimmung untereinander, der Kontrolle der Aufsichtsgremien und dem steuerlichen Verlustausgleich stehen wir

offen gegenüber. Die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer\*innen müssen dabei gesichert werden.

Neben dem Sektor Verkehr müssen wir unserer Klimaverantwortung über die Stadtwerke gerecht werden. Mit den massiven Investitionen in den vergangenen Jahren in den Gaskessel 13 und die anstehenden Investitionen in Wärmepumpen sind wir auf dem richtigen Weg der Transformation, um das gesetzliche Ziel „Klimaneutral bis 2045“ zu erreichen. Um die Stadtwerke in ihrer Investitionsfähigkeit zur Umsetzung des Transformationsplans zu stärken und eine sozialverantwortlichen Preispolitik zu ermöglichen, sind wir bereit uns als Stadt bei der Gewinnausschüttungen an den Kernhaushalt zurückzuhalten. Dazu steht für uns fest, dass die Fernwärmeversorgung weiterhin aufkommensneutral geleistet wird. Gewinne aus der Fernwärme auf Kosten steigender Heizkosten lehnen wir entschieden ab.

Den Naturschutz wollen wir stärken, indem wir die Aufenthaltsqualität steigern und die Bedeutung von Erholungs- und Grünflächen sichtbar machen. Hier unterstützen wir das TBZ in seinen Bemühungen.

Für die Flensburger Förde wollen wir mit dem Umland und dem Land einen Masterplan erarbeiten, um die Sauerstoffknappheit und die leblosen Zonen zu verringern. Wir unterstützen die angekündigten Maßnahmen von Bund und Land, um die Förde von Munitionsaltslasten zu befreien.

### **Gute und sichere Arbeit für Flensburg**

Als traditionelle “Partei der Arbeit” ist es unser Ziel, den Menschen in Flensburg gute Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Erwerbsbiographie zu geben. Arbeit ist mehr als „Broterwerb“! Es ist die Grundlage des sozialen Zusammenlebens und der persönlichen Entwicklung. Flensburg dabei allein auf den Dienstleistungssektor und den Tourismus zu reduzieren, lehnen wir ab. Eine Stadt lebt nur durch eine produktive Basis, daher wollen weiterhin Rahmenbedingungen für gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie, im Handwerk oder in der Genussbranche bieten. Wir wollen den Strukturwandel aktiv begleiten und stehen hier an der Seite der Gewerkschaften und der Flensburger Unternehmen in ihren Bestrebungen, am Standort Flensburg Zukunftsperspektiven zu schaffen. Unsere städtischen Kapazitäten sind begrenzt, daher werden wir in unserer Flächenpolitik den klaren Fokus auf die Ansiedlung und den Erhalt guter Arbeitsplätze legen und lehnen prekäre Beschäftigungsverhältnisse ab. Im neuen Landschaftsplan stehen hierzu weitere große Gewerbeflächen an der Westerallee und möglicherweise im Bereich Schäferhaus zur Verfügung, die wir in Nutzung bringen wollen. Die Gewerbeflächenentwicklung wollen wir darüber hinaus weiter vorantreiben, indem wir die Verwaltung auffordern, ein echtes Konzept zum

Flächenrecycling, über die bisherigen Lippenbekenntnisse hinaus, auf den Weg zu bringen. Freiliegende Flächen wollen wir ab 2025 über die konsequente Erhebung der Grundsteuer C in Nutzung bringen. Auch die interkommunale Zusammenarbeit gibt uns die Chance, dass die begrenzten Flächen der Stadt nicht durch Logistikgebäude verbraucht werden, sondern möglichst viele Arbeitsplätze entstehen. Dafür braucht es eine faire Aufteilung zwischen dem Oberzentrum und dem Umland. Wir unterstützen entsprechende Projekte wie die WEG oder den Gewerbepark A7. Dazu unterstützen wir die WiREG in ihrer Ansiedlungspolitik von Start-ups und kleinen Unternehmen.

Es zeigt sich auf der einen Seite in mehreren Branchen ein Fachkräftemangel, auf der anderen Seite liegt die Arbeitslosenquote in Flensburg bei 8,4%. Damit waren 2021 knapp 4.000 Menschen als arbeitslos gemeldet. In beiden Fällen braucht es Antworten der Stadt. Wir wollen die vielen Absolvent\*innen der Hochschulen durch ein attraktives berufliches Umfeld in Flensburg halten. Hierzu nehmen wir die soziale Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf speziell in den Blick. Dazu wollen wir über die Schaffung eines "Ausbildung-Wohnheims" den Ausbildungsstandort Flensburg bessere Rahmenbedingungen geben. Die Zahl der Menschen ohne Arbeit wollen wir in den kommenden fünf Jahren weiter reduzieren. Wir unterstützen weiterhin die Maßnahmen unserer Beteiligungsgesellschaft „bequa“ und wollen sie auch zukünftig finanziell ausstatten.

### **Beste Voraussetzung für Bildungschancen schaffen**

Das Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ bleibt weiterhin Kernanliegen der SPD, auch auf kommunaler Ebene. Neben der Finanzierung von Integrationsfachkräften über die Eingliederungshilfe, hat die Kommune vor allem die Aufgabe, die räumliche Ausstattung der Schulen zu organisieren. Mit dem Bau der Schule Ramsharde und des Bildungscampus Fruerlund sind wichtige Meilensteine im Schulbau gelungen oder auf dem Weg. Jedoch zeigt uns die Bildungsplanung der Stadt in den kommenden Jahren einen massiven Investitionsbedarf.

Im Grundschulbereich wurde die Erweiterung der Schule Adelby bereits beschlossen. Um auf aktuelle Bedarfe zu reagieren, fordern wir eine Umsetzung für das Jahr 2023. Dazu ist die Notwendigkeit eines Ersatzbaus der Hohlwegschule bereits erkannt und in der Umsetzung.

Im Bereich der Gemeinschaftsschulen sind keine Steigerungen an Schüler\*innen zu erwarten. Wir unterstützen jedoch die Planungen zur Erweiterung der Gemeinschaftsschule-West.

Die Gymnasien haben erheblichen Erweiterungs- und Sanierungsbedarf. So gilt es, die geplante Erweiterung am Alten Gymnasium zügig umzusetzen. Auch die

Erweiterungsplanungen der Auguste-Viktoria-Schule und eine Sanierung des Fördergymnasiums werden wir berücksichtigen.

Jedoch gilt: Es wird uns in der aktuellen baukonjunkturellen Lage und beim vorhandenen Fachkräftemangel in der Baubranche nicht gelingen, alle Vorhaben in den kommenden fünf Jahren umzusetzen. Daher sind wir offen für neue Lösungen geeignete Räumlichkeiten für die Schulen zu finden. So gibt es in der Innenstadt und in anderen Teilen Flensburgs freistehende Gewerbe- oder Büroimmobilien. Eine Anmietung der Stadt zur temporären Schulnutzung oder zum Aufbau von Fachräumen, die schulübergreifend genutzt werden, wollen wir mit in die Diskussion einbringen.

Die Digitalisierung der Schulen muss ebenfalls mit Tempo vorangetrieben werden. In der kommenden Legislaturperiode müssen alle Schulen mit einer geeigneten Hardware ausgestattet sein. Das erfolgreiche Programm der Stadt zur Ausstattung der Schüler\*innen mit mobilen Endgeräten wollen wir fortsetzen. Die Wahl der digitalen Lernplattformen soll den Schulen weiterhin freigestellt sein. Zusätzlich ist zu prüfen, ob die Schulen vor Ort geschultes IT-Personal bei Problemen mit der technischen Infrastruktur benötigen.

Im Bereich der schulischen Inklusion haben wir mit der Paulus-Paulsen-Schule und dem Zentrum für kooperative Erziehungshilfe (ZkE), gute Voraussetzungen in der Stadt. Wir wollen das sonderpädagogische Team zu einem „Inklusionsteam“ aus Gesundheits-, Sport-, Musik- und Sprachpädagog\*innen weiterentwickeln. Hier werden auch die Schulbegleitung verortet. Alle Schulbegleitungen gilt es vor dem schulischen Einsatz auszubilden. Auch die Elternarbeit gilt es hier anzusiedeln und mit der Struktur der Familienzentren zu verbinden. Unser Ziel ist es, dass in jedem Stadtteil ein Familienzentrum angesiedelt wird. Zudem braucht es die Einbindung von Jugendberufsagentur und dem Jugendaufbauwerk, um die Übergänge zwischen den Schulformen zu erleichtern.

Neben der Inklusion im Rahmen des Regelschulbetriebs, wollen wir auch den offenen Ganztagsbetrieb reformieren. Die bisherigen festen Nachmittagsangebote sollen flexibler gestaltet werden. Das Anmeldesystem hat sich dabei bewährt, jedoch muss eine Offenheit für spontane pädagogische Maßnahmen oder den Willen der Kinder im System vorhanden sein. Die Finanzierungsstruktur gegenüber den Trägern gilt es entsprechend zu flexibilisieren.

Dazu wollen wir den Einstieg in ein verändertes Schulsystem ermöglichen, indem der offene Ganztagsbetrieb mit Vereinen und Organisationen zusammenarbeitet. Nach einem langen Schultag und einer anschließenden Nachmittagsbetreuung noch ein

Musikinstrument zu erlernen oder einer Sportart bis in den späten Abend nachzukommen, muss der Vergangenheit angehören. Es gilt die Hobbys in den offenen Ganztag zu integrieren. Zur Finanzierung wollen wir einen Fond schaffen, der sich an den "Richtlinien für Zusatzangebote an Kindertagesstätten in Flensburg" (kurz RiZAK) orientiert und ein vergleichbares Angebot für den offenen Ganztag schafft. Langfristig ist so auch eine bessere Bezahlung und sicherere Anstellung für in diesem Bereich tätige Personen, wie Vereinstrainer\*innen und Musikpädagog\*innen möglich.

Im Bereich der Kindertagesstätten haben wir mit der Kita-Offensive aus 2017 eine gute Grundlage geschaffen, die durch die Kita-Reform des Landes in Teilen eingeholt wurde. Es ist uns gelungen, über kommunale Initiativen, die Geschwisterermäßigung und die Sprachförderung in den Kitas beizubehalten. Beide Vorhaben wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode weiter finanzieren. Dazu brauchen wir einen Schub im Ausbau der Kindertagesstätten, um den Bedarf zu decken. Hier unterstützen wir die Kita-Träger in den Ausbauplänen.

### **Sportstadt Flensburg**

Der Sport in ehrenamtlichen Strukturen ist Scharnier der Gesellschaft. Daher legen wir als SPD einen besonderen Fokus auf die breite Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen an vereinssportlichen Aktivitäten. Mit den knapp 100 Vereinen in unserer Stadt, begegnen uns dabei unterschiedlichsten Anforderungen. Neben vielen kleineren Vereinen, haben wir mit dem TSB einen der größten Vereine in ganz Schleswig- Holstein in Flensburg.

In den kommenden Jahren wollen wir die Investitionszuschüsse für den Vereinssport mit jeweils 100.000€ im Jahr fortsetzen und damit die Breite des Vereinssports erreichen. Auch streben wir den Bau neuer Kunstrasenplätze an und sehen zunächst den SV Adelby und die weiteren Plätze am Stadion im Fokus. Auch setzen wir uns für einen eigenen Sportplatz für den wachsenden Verein „Roten Stern Flensburg“ ein.

Daneben liegt unser Fokus u. a. auch auf dem Schwimmsport. In den kommenden fünf Jahren soll das Campus Bad erweitert sein, um der Größe des Schwimmsports gerecht zu werden. Für uns bleibt das Ziel klar: In Flensburg muss jedes Kind schwimmen lernen! Dazu wollen wir der großen Skate-Community in Flensburg einen Skatepark bauen und insgesamt frei zugängliche Outdoor-Sportanlagen wie „Soccer Felder“ oder Fitness-Parcours fördern.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir die Situation für Trainer\*innen deutlich verbessern. Neben der bereits angepassten Übungsleiterpauschale wollen wir insbesondere für kleine Vereine die Möglichkeit schaffen, die Trainer\*innen zentral anzustellen und die Arbeitszeit auf mehrere Vereine zu verteilen. In Kooperation mit



dem Stadtsportverband können wir uns ein ähnliches Modell wie im Kreis Schleswig-Flensburg vorstellen. Dazu wollen wir die Sportförderung transparenter aufstellen und die Vergabe über eine Arbeitsgruppe aus Politik und Sport organisieren. Diese Gruppe soll aus der Lenkungsgruppe Sport entstehen, die so auch weiterhin die Umsetzung des Sportentwicklungsplans begleitet.

Die Schulen sollen ermutigt werden, sich am Landesprogramm „Partnerschulen Talentförderung“ zu beteiligen, um talentierte Schüler\*innen in den Leistungssport zu bringen. In diesem Zusammenhang braucht es einen genauen Blick auf die Sporthallen der Schulen. Hier wollen wir einen Investitionsplan für die kommenden Jahre erarbeiten, der neben dem Schulneubau realisiert wird.

### **Soziale Stadt erhalten!**

Die Zahl der Menschen im Alter über 60 und 70 Jahren wird in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Dies muss in der altersgerechten Wohnbauentwicklung, aber auch im Stadtbild insgesamt sichtbar werden. Jedoch gehen in Flensburg die Arbeitskräfte auch weiterhin nicht aus. Im Sozialatlas sehen wir viele Menschen um das 20. Lebensjahr, die gerade erst in den Arbeitsmarkt starten. Hier liegt eine große Chance für die Stadt, die wir nutzen wollen.

Aktuell wachsen jedoch die Sorgen vor sozialen Verwerfungen. Die Energiekosten steigen rasant und erhöhen den ohnehin großen finanziellen Druck auf viele Mieter\*innen. Niemand darf seine Wohnung verlieren, weil er oder sie die Nebenkosten nicht bezahlen kann. Gleichzeitig dürfen wir die finanziellen Verpflichtungen der Mieter\*innen nicht lediglich in die Zukunft verschieben. Daher haben wir einen Härtefallfond gegen Stromsperren geschaffen und wollen, falls die Mittel aufgebracht sind, diesen erneut finanziell ausstatten. Die aktuelle ökonomische Situation lassen die Kund\*innen der Tafeln deutlich ansteigen. Bei der Ausstattung der Tafeln sehen wir das Land in der Verantwortung. Wir als SPD fühlen uns jedoch verpflichtet, über Lebensmittelzukäufe oder betriebswirtschaftliche Unterstützung die Funktionsfähigkeit der Tafeln sicherzustellen.

### **Flensburgs Gleichstellungsstrategie stärken**

Wir setzen uns dafür ein, dass Flensburg zu einer Stadt wird, in der Frauen, Männer und Kinder gerne leben und aktiv am wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können, unabhängig von ihrer Lebenssituation und ihren Lebensentwürfen. Gleichstellung steht nicht zur Debatte, sondern im Grundgesetz! Wir verfolgen deswegen konsequent das Ziel, die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges und verpflichtendes Leitprinzip aller Aufgabenbereiche der Stadt, ihrer Verwaltung und der kommunalen Selbstverwaltung durchzusetzen. Dies ist die

Grundlage für geschlechtergerechte Leistungen der Stadt sowie für mehr Qualität und Effizienz in allen Arbeits- und Lebensbereichen.

In enger Zusammenarbeit mit weiteren Akteur\*innen möchten wir Schwachstellen innerhalb der Stadt ausfindig machen, an denen es zur Benachteiligung von Frauen und/oder Männern kommt. Es müssen im Anschluss hieran konkrete Maßnahmen und Handlungsstrategien entwickelt werden, um solche Benachteiligungen zu beseitigen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Umsetzung des Gender Budgeting weiter fortgesetzt wird. Ein bedarfsgerechter Einsatz öffentlicher Mittel durch eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung leistet einen wesentlichen Beitrag für die Gleichstellung. Wir werden weiterhin mit frauenpolitischen Akteur\*innen unserer Stadt zusammenarbeiten und uns mit diesen weiter vernetzen. Es ist uns wichtig, dass zukünftig ausreichend finanzielle Mittel für Frauenprojekte und -förderung bereitgestellt werden.

Eine paritätische Besetzung in sämtlichen Aufsichtsgremien, bei den Führungspositionen in der Verwaltung und in städtischen Betrieben wird angestrebt und entsprechend dem Flensburger Kodex umgesetzt. Bei den städtischen Töchtern sind entsprechende Pläne zur Frauenförderung und Gleichstellung zu erstellen bzw. regelmäßig fortzuschreiben und konsequent umzusetzen.

Eine paritätische Aufstellung von Frauen und Männern in der Ratsfraktion und den Gremien sowie bei den Bürgerschaftlichen Mitgliedern in den Ausschüssen werden wir weiterhin umsetzen. Gremienzeiten müssen auf Familienfreundlichkeit überprüft werden. Alternative Partizipationsmöglichkeiten sollen erprobt werden.

Wir setzen uns weiterhin für die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Flensburg ein. Frauenhäusern und Frauennotrufen kommt hier eine enorme Bedeutung zu, um Frauen und Kinder aus häuslicher Gewalt zu befreien und zu beschützen. Wir werden bestehende Beratungsstellen, Einrichtungen und Projekte unterstützen, die Gewaltopfern zur Seite stehen.

Wir brauchen die Beteiligung von mehr Frauen in der Stadtplanung und Stadtentwicklung. Eine gute Möglichkeit für eine geschlechtergerechte Stadtentwicklung bieten Beteiligungsformate von Frauen für Frauen. Langfristiges Ziel ist es auch mehr Frauen in der Kommunalpolitik für diesen Bereich zu interessieren und durch diese Beteiligungsformen eine Veränderung im Bereich der Stadtentwicklung zu erreichen. Wir werden uns für Wohnprojekte speziell für Frauen einsetzen. Möglich ist eine Realisierung mit Hilfe von Genossenschaften.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns ein wichtiges Anliegen. Die vom Gleichstellungsbüro geleistete Netzwerkarbeit ist unverzichtbar und soll gestärkt

werden. Zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten im Rahmen der Familienfreundlichkeit stehen wir im Kontakt mit den Gewerkschaften.

Damit alle Frauen Ihrer Arbeit nachgehen können, setzen wir uns für den Ausbau der Kinderbetreuung und mehr bedarfsgerechte Angebote in den Stadtteilen ein.

### **Gerechtigkeit für die Flensburger Kultur**

Die Vielfalt der Flensburger Kulturszene ist ein Markenzeichen der Stadt. Von der Hofkultur bis zur Theaterschule, bietet die institutionelle und freie kulturelle Vielfalt für Einheimische und Touristen viel Auswahl. Weiterhin sehen wir jedoch eine Ungleichverteilung in der Finanzierung von kulturellen Aktivitäten. Bei der Haushaltslage der Stadt werden wir den Kulturetat in den kommenden fünf Jahren nicht substanziell erhöhen können, daher geht es uns um eine Umverteilung von Mitteln. Hierbei wollen wir den Flensburger Beitrag zur Finanzierung des Landestheaters reduzieren. Die sinkenden Beiträge können durch ein Abschmelzen der hohen Rückstellungen gegenfinanziert werden, sodass das inhaltliche Programm nicht leidet. Neben der Senkung der Beiträge stehen wir jedoch zu unserer Verantwortung, das Theater in den kommenden Jahren schrittweise zu renovieren. Eine weitere investive Beteiligung der Stadt am Bau der Schleswiger Spielstätte oder eine Verwendung von überschüssigen Gesellschafterbeiträgen für den Bau, lehnen wir jedoch entschieden ab.

Mit den freigewordenen Mitteln wollen wir die freie Kulturszene und Kulturprojekte weiterhin unterstützen. Dazu schlagen wir ein „Netzwerk für Soloselbstständige“ im Kulturbereich vor, das von der Stadt initiiert wird. Über diesen Weg schaffen wir eine engere Vernetzung zur Verhinderung prekärer Lebenslagen, die während der Corona-Pandemie entstanden sind.

Einen weiteren Fokus legen wir auf den Ausbau der Phänomenta. Das Flensburger Science Center, muss baulich modernisiert werden. Eine bessere betriebliche finanzielle Ausstattung ist ebenfalls von Bedeutung. Hier sehen wir das Land in der Verantwortung unser Science Centre finanziell ausreichend auszustatten.

Wir unterstützen die Bemühungen des Kühlhaus bei der Standortsuche und sind bereit, etwaige Investitionen durch den städtischen Haushalt zu unterstützen. Nur durch ein gemeinsames Miteinander kann es gelingen, das Kühlhaus zu verlagern und eine Wohnbauentwicklung im Bahnhofsviertel zu ermöglichen.

### **Neue Schwerpunkte in der Stadtentwicklung**

Flensburg bleibt auch baulich in Bewegung. Durch die knappen städtischen Flächen wird es jedoch immer bedeutender, für die Gestaltung von Bauvorhaben klare politische

Vorgaben zu setzen. Unser Ziel ist daher in den kommenden fünf Jahren, alle Grundstücksvergaben nur noch im Erbbaurecht zu vergeben, um den langfristigen Einfluss auf die Stadtentwicklung nicht gänzlich zu verlieren und dauerhafte Einnahmen für den städtischen Haushalt zu generieren.

Die Bürger\*innen unserer Stadt erwarten zu recht eine zügige Umsetzung und sichtbare Veränderungen im Stadtgebiet. Daher müssen wir nach langwieriger Planung in den kommenden fünf Jahren, besonders in den Sanierungsgebieten, zu einer zügigeren Umsetzung der Planungen kommen.

In der Neustadt werden wir in fünf Jahren das Wohnquartier „Schwarzenbachtal“ mit vielen neuen Wohnungen fertiggestellt haben. Neben der Erweiterung des Schlachthofs werden wir uns für Fortschritte bei der Entwicklung rund um die Walzenmühle einsetzen. Dort muss das zukünftige Quartierszentrum des Stadtteils liegen. Im Sanierungsgebiet Bahnhofsumfeld wollen wir sowohl bei der Berufsfeuerwehr, als auch in der Entwicklung des Wohnquartiers Fortschritte sehen. In Kombination mit dem Bau des Bahnhofshotels und der Entwicklung des Vorplatzes erwarten wir eine bessere städtische Anbindung des Bahnhofs an die Stadt.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir auch in der westlichen Altstadt einen sichtbaren Fortschritt für die Innenstadt erreichen. Hierzu muss der Verkehrsfluss am Neumarkt neu organisiert werden und in diesem Zusammenhang der Südermarkt grundlegend saniert werden. Über diese Sanierung erhoffen wir uns für die anliegende Nikolaikirche und die Anwohner\*innen eine Auflösung der angespannten Situation rund um die Südermarkt-Treppe. Zudem liegen für uns das Eckener Haus, die Angelburger Straße 15 (ehemals Sinnerup) und die Renovierung des Deutschen Hauses im Fokus. Hier sollen in den kommenden fünf Jahren wichtige Planungsschritte vollzogen werden. Für uns stellt sich eine Finanzierung allein aus dem städtischen Haushalt derzeit jedoch als unrealistisch dar.

Im Sanierungsgebiet Hafen-Ost sind die Planungen nun weitgehend abgeschlossen. Daher erwarten wir zeitnah eine Umsetzung in Teilschritten. Ohne eine zeitnahe sichtbare Veränderung sehen wir die rechtzeitige Umsetzung bis zum Ende des Sanierungsgebiets und die gesellschaftliche Akzeptanz in Gefahr.

Nach dem Abschluss des Sanierungsgebiets Duburg, streben wir die Prüfung eines neuen Sanierungsgebiets in Weiche an. Der Stadtteil hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die öffentliche und private Infrastruktur ist jedoch nur zum Teil mitgewachsen. Daher könnte ein Sanierungsgebiet die Potenziale des Stadtteils deutlich erweitern.

### **Wir wollen einen Schub für die Digitalisierung**

Kommunalpolitik und Verwaltung müssen sich an den Serviceleistungen für Bürger\*innen messen lassen. Mit der Umgestaltung des Bürgerbüros und der Terminvergabe sind bereits Fortschritte in den letzten Jahren gelungen. Das Onlinezugangsgesetz hat bis Ende 2022 klare Vorgaben für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen gemacht. Damit ist jedoch noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Wir wollen die große Bundesförderung der „Smarten Grenzregion“ nutzen, um im Bereich der Digitalisierung der Verwaltung einen großen Schritt nach vorne zu gehen. Dazu braucht es eine übergeordnete Verwaltungsposition, die diese Schritte innerhalb des Rathauses koordiniert.

### **Sicherheit und Ordnung**

Nur reiche Leute können sich einen schwachen Staat leisten. Deshalb ist die Sicherheit und Ordnung in der Stadt auch ein Anliegen der SPD. Wenn die städtische Ordnung in Frage steht, erfährt Verwaltung und Politik einen massiven Vertrauensverlust. Ein negatives Beispiel sind die öffentlichen Toiletten. Hier wollen wir in den kommenden fünf Jahren endlich eine sichtbare Verbesserung der Situation. Wir wollen ein WC-Konzept beauftragen, das Toiletten in allen Stadtteilen mit einer Bewirtschaftung durch Restaurants, Kioske oder Cafés verbindet. Bei den öffentlichen Toiletten wollen wir als SPD das Zuständigkeits-Wirrwarr beenden und die öffentlichen Toiletten allein in die öffentliche Hand zurückholen. Eine Reinigung soll über das TBZ erfolgen.

Auf der ehrenamtlichen Sicherheitsinfrastruktur der Stadt liegt unser besonderer Fokus. Für das THW, die Malteser, das Deutsche Rote Kreuz und die Freiwilligen Feuerwehren müssen wir eine geeignete Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Bei den Freiwilligen Feuerwehren wurden in den letzten Jahren wichtige Planungsschritte vorgenommen. Die Umsetzung in den kommenden fünf Jahren steht jedoch noch aus. Wir werden die Feuerwehr Innenstadt und Tarup mit neuen Standorten ausstatten. Die Planungen für den Neubau der Feuerwehr Jürgensby müssen begonnen werden, damit eine zügige Umsetzung nach dem Umzug der Berufsfeuerwehr möglich ist.

Die Berufsfeuerwehr wird zeitnah in die Umsetzung der neuen Hauptfeuerwehrwache kommen. Hier setzen wir uns für eine schlanke Umsetzungsvariante ein, um den Investitionshaushalt nicht zu überlasten.

Die Flensburger Strände wollen wir kostenfrei und offen für alle halten und die baulichen Verbesserungen der letzten Jahre erhalten.

## **Tourismus mit besonderer Förderung und Verantwortung**

„Dort leben, wo andere Urlaub machen“, dieses Privileg bietet Flensburg weiterhin. Der Tourismus ist ein wichtiger Bestandteil der gewerblichen Stabilität Flensburgs, besonders im Bereich der Innenstadt. Jedoch bringt der Tourismus auch wachsende Aufgaben für unsere Infrastruktur. Die Bereitstellung von Parkräumen, öffentlichen Verkehrsmitteln und Flächen zur Beherbergung beanspruchen städtische Ressourcen in erheblichem Maße. Daher muss der Tourismus seiner Verantwortung gerecht werden und einen höheren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. So wollen wir die Beherbergungsabgabe, die in der jetzigen Form nur einen geringen Teil der städtischen Aufwendungen für den Tourismus zurückholt, neu ausrichten. Dabei fokussieren wir uns allein auf die Übernachtung, eine breite Auslegung einer solchen Abgabe, die sich auf Restaurants oder Arztpraxen ausweitet, lehnen wir ab. Über diese Einnahmen wollen wir die Infrastruktur, die sowohl vom Tourismus als auch von der Stadtgesellschaft genutzt werden, fördern. Dazu zählen der Busverkehr, die öffentlichen Toiletten und die Aufenthaltsqualität unserer Innenstadt. Hierfür braucht es nicht unbedingt eine prozentuale Anpassung der Steuer, so können Mehreinnahmen auch durch eine fairere Verteilung der Abgaben nach Hotelsternen erzeugt werden. Die Innenstadt braucht darüber hinaus einen konkreten Maßnahmenkatalog zur sichtbaren räumlichen Veränderungen. Auch braucht es durch Coworking-Spaces mehr tägliche Frequenz auf dem Holm. Der Südermarkt muss im Sanierungsgebiet vorrangig baulich umgestaltet und wieder zu einem Ort für alle Menschen entwickelt werden. Hierfür wollen wir einen städtebaulichen Wettbewerb ausloben, um kreative Ideen zur Gestaltung zu entwickeln. Bis dahin gilt es, wie auch am ZOB oder der Hafenspitze, über Sauberkeit und Ordnung die Plätze in ihrer Aufenthaltsqualität zu verbessern.

Neben der zusätzlichen Verantwortung wollen wir den Tagestourismus weiter ausbauen. Hierzu wollen wir vor allem den Veranstaltungstourismus in den Fokus nehmen und ein professionelles Veranstaltungsmanagement aufbauen. Das bisherige Problem sind die vielfältigen Zuständigkeiten der Stadt, so müssen von Ordnungsverwaltung über TBZ und TAFF bis zur Hafen GmbH verschiedene städtische Töchter und Organisationen angesprochen werden. Dies wollen wir vereinfachen und zusammenfassen. Zudem muss die Sondernutzung überarbeitet und die Gebührensatzung modernisiert werden.

## **Gesundheitsgerechtigkeit**

Im Mittelpunkt der kommenden Jahre steht die Entwicklung zum Zentralkrankenhaus. Wir wollen die Planungen, wo immer es geht, unterstützen und voranbringen. Gleichzeitig wollen wir - gemeinsam mit den Gewerkschaften - einen genauen Blick auf die inhaltliche Ausrichtung des Hauses richten und unsere Stimme erheben, wenn

Lohndumping oder Senkung der Tarife im Hause selbst, oder bei den Töchtern der Häuser zu sehen sind.

Wir wollen auch in den kommenden fünf Jahren, mit Expertise und unter Nutzung unserer Kontakte in das Bundesgesundheitsministerium, den "Flensburger Weg" zur Sicherung der Versorgung mit operativen und medikamentösen Schwangerschaftsabbrüchen voranbringen und weiter wichtige Verbesserungen für betroffene Frauen und Paare erreichen. Die Schaffung von Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen ist von hoher Bedeutung und leistet einen Beitrag zum Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Die Erfahrungen während der Corona Pandemie zeigen uns, wie sehr bereits heute Gesundheit und Lebenserwartung abhängen von Wohnort, Wohnung, Bildung, Einkommen und Integration. Deshalb und angesichts bevorstehender weiterer Umbrüche im Gesundheitswesen, treten wir ein für einen Flensburger Gesundheitsdialog. Sicherlich liegen viele Rahmenbedingungen außerhalb unserer kommunalen Möglichkeiten. Die guten Erfahrungen im Zusammenhang mit Definition und Gestaltung des "Flensburger Weges" machen uns indes Mut.

Wir wollen dabei von Städten in ähnlicher Situation lernen. Es gilt, rechtzeitig bestehende Konzepte (z.B. Gesundheitscoaches, Gesundheitskiosk, Gesundheitszentren) aufzugreifen oder neu zu entwickeln für eine gerechte Gesundheitsversorgung in allen Stadtteilen. Auch für das Thema Gesundheit muss gelten: Niemand wird zurückgelassen!

### **Ja, zum Queeren Zentrum**

Flensburg ist eine vielfältige Stadt, in der jede\*r nach der Lebensweise glücklich sein kann. In der Ampelkoalition werden weitere wichtige gesetzliche Schritte gegangen, um vielfältige Lebensformen zu ermöglichen. Die kommunale Aufgabe sehen wir in der Verteidigung von Toleranz und Vielfältigkeit und dem entschiedenen Einsatz gegen jegliche Form der Diskriminierung. Um hierfür eine geeignete Infrastruktur zu schaffen und als Stadt einen Schutzraum für etwaige Vorkommnisse aufzubauen, unterstützen wir die Idee des „Queeren Zentrum“. Diese Maßnahme aus dem Maßnahmenplan „Geschlechtergerechte Stadt“ wollen wir in den kommenden fünf Jahren in die Umsetzung bringen und einen Ort für Beratung und die Koordination von Aktivitäten schaffen.